LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
15. Wahlperiode

Drucksache **15/665**

23.11.2010

Antrag

der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

NRW beteiligt sich auch zukünftig an humanitären Hilfsaktionen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten - NRW sagt ja zur Save-me Kampagne

Im vergangenen Jahr gingen im Iran Hunderttausende Menschen auf die Straße und protestierten gegen das dortige unmenschliche Regime und die stattfindenden Menschenrechtsverletzungen. Nach Oppositionsangaben starben dabei 72 Demonstranten und Demonstrantinnen. Auch in der hiesigen Presse wurden sie als Helden gefeiert. Zahllose Dissidentinnen und Dissidenten wurden inhaftiert, verschleppt, gefoltert, getötet oder hingerichtet. Wenigen gelang die Flucht in die benachbarte Türkei. Nach Schätzungen des UNHCR, des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen, sitzen dort ca. 5.000 von ihnen fest, z.T. immer noch von dem Geheimdienst des benachbarten Iran verfolgt. Für sie sucht der UNHCR seit geraumer Zeit Aufnahmeländer im Westen.

Im März kündigte die Bundesregierung an, einige der in die Türkei geflüchteten Oppositionellen nach § 22 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes aufnehmen zu wollen. In einer Runde von Innenminister-Vertretern aus Bund und Ländern einigte man sich daraufhin auf 50 aufzunehmende UNHCR Flüchtlinge, für die sich nicht nur der UNHCR, sondern auch amnesty international und deutsche zivilgesellschaftliche Gruppen einsetzten. Auch die vielen in NRW aktiven „Save-me –eine Stadt sagt ja“ Kampagnen setzten sich für eine dauerhafte Aufnahme dieser Menschen ein.

Ziel der „Save-me“ Kampagne ist, anerkannten UNHCR-Flüchtlingen, deren Überleben andernorts schwer bedroht ist, durch gezielte Programme und Aufnahmeangebote eine neue Lebensperspektive zu schaffen. Resettlement bedeutet die Auswahl und den Transfer verfolgter Personen aus einem Staat, in dem die Betroffenen zunächst Schutz gesucht haben (Erstzufluchtsstaat), in einen anderen Staat, der ihrer Aufnahme als Flüchtlinge zugestimmt hat und in dem sie sich dauerhaft niederlassen können. Diese Programme haben nicht nur Staaten wie die USA oder skandinavische Länder, sondern auch in Deutschland findet dieser Gedanke immer mehr Unterstützung. Städte wie München, Hannover oder Köln haben entsprechende Ratsbeschlüsse gefasst. Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat sich in einem einstimmig verabschiedeten Antrag dafür ausgesprochen 50 iranische Flüchtlinge aufzunehmen.

Datum des Originals: 23.11.2010/Ausgegeben: 23.11.2010

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Vor diesem Hintergrund möge der Landtag beschließen:

1. Das Land NRW ist grundsätzlich bereit, Menschen, die besonderen Schutzes bedürfen, im Rahmen von „Resettlement“-Programmen des UNHCR und der Bundesregierung aufzunehmen und ihnen eine dauerhafte Lebensperspektive in Nordrhein-Westfalen zu eröffnen.

2. Dieser Erklärung entsprechend bittet der Landtag den Minister für Inneres und Kommunales sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für einen kontinuierliche Aufnahme von UNHCR Flüchtlingen geschaffen werden.

3. Die Landesregierung wird gebeten sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass so schnell wie möglich weitere iranische Flüchtlinge aus der Türkei aufgenommen werden.

Reiner Priggen
Sigrid Beer
Monika Düker
Matthi Bolte
Verena Schäffer
Arif Ünal

und Fraktion

Norbert Römer
Britta Altenkamp
Hans-Willi Körfges
Thomas Stotko

und Fraktion